

Stellungnahme des Kreisvorstands von Bündnis 90/Die Grünen Neckar-Odenwald zur Klage gegen die 2. Stilllegungs- und Abbaugenehmigung für das Atomkraftwerk Obrigheim

Gegen die am 24. Oktober 2011 durch das Umweltministerium erteilte 2. Stilllegungs- und Abbaugenehmigung für das Atomkraftwerk Obrigheim haben vier BürgerInnen aus dessen unmittelbarer Umgebung Klage erhoben.

Der Kreisvorstand von Bündnis 90/Die Grünen teilt die Intention, bestmögliche Sicherheit und Transparenz beim Abbau des KWO sicherzustellen. Wir bedauern aber, dass es zur Beschreitung des Klagewegs gekommen ist.

Nach unserer Überzeugung bedarf es bei der Umsetzung der zweiten Genehmigung einer atomkritischen, streng sicherheitsorientierten Ausübung der Atomaufsicht und einer regelmäßigen Information der Öffentlichkeit über den Abbauprozess in seinen Teilschritten, insbesondere auch hinsichtlich des Verbleibs des abgebauten Materials.

Wir wissen, dass Umweltminister Untersteller diese Ziele teilt. Wir stehen mit ihm über unsere Landtagsabgeordneten Charlotte Schneidewind-Hartnagel und Uli Sckerl in unmittelbarem Kontakt. Wir begrüßen, dass der Minister eine freiwillige Bürgerbeteiligung im Rahmen der dritten Abbaugenehmigung bereits öffentlich zugesagt hat.

Für den Kreisvorstand von Bündnis 90/Die Grünen Neckar-Odenwald: Die beiden Vorsitzenden
Christine Böhm und Christine Denz, 9. Januar 2012

Quelle: www.gruene-nok.de